

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. S. v. Hoffetten und J. S. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22/9 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediten, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Ernente Auflage der confiscirten Nr. 135.

Herr von Bernuth hat die vorige Nummer unseres Blattes confisciren lassen. Dieselbe liegt in ernenter Auflage, mit Weglassung der Stellen, welche möglicherweise die Confiscation verursacht haben (vgl. nachstehenden Artikel), mit der Bezeichnung Nr. 134 a., der heutigen Nummer bei.

Herr von Bernuth,

ein Hauptvertreter des jetzt in Preußen herrschenden Systems, hat unser Blatt abermals confisciren lassen.

Nicht also, wie nach früheren Geschehnissen manche unserer Freunde glauben könnten, Herr Lüdemann, sondern, wie gesagt, Herr v. Bernuth war es, der diese Anordnung für nöthig gehalten hat.

Bei der ganz außerordentlichen Wichtigkeit, welche in Preußen die Polizei hat, halten wir es für unsere Pflicht, zunächst unsere Leser darüber aufzuklären, wie eine solche Confiscation ins Werk gesetzt wird. Dies dürfte besonders an solchen Orten, wo derartige Einrichtungen nicht bestehen, von einigem Interesse sein.

Die Redaction einer Zeitung hat, sobald die Ausgabe einer Nummer beginnt, ein Exemplar derselben auf die Polizei zu schicken. Dortselbst gelangt dasselbe vor die sogenannten Lectoren, deren Stellung unter den jetzigen Verhältnissen der Stellung der Censoren vor 1848 entspricht. Ein Lector ist nämlich ein Mann, der vom Staate hauptsächlich zu dem Zwecke besoldet wird, daß er die rechtswidrigen Gedanken in den Erzeugnissen der Presse aufsucht und pflichtschuldigst die Aufmerksamkeit seiner Oberen auf dieselben lenkt, als auf Stellen, welche einen Mißbrauch des Artikels 24 der preussischen Verfassung: „Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern“ enthalten. Manchem unserer Leser würde es vielleicht interessant sein, die Namen der Berliner Lectoren bei dieser Gelegenheit zu erfahren; allein wir können für heute diesem Wunsche nicht nachkommen, da wir selbst die Namen dieser Herren erst erfragen müssen.

Hier folgte eine Beschreibung der Art und Weise, wie eine preussische, speziell Berliner Zeitungs-Confiscation vor sich geht.

Dies ist das für nicht preussische Leser gewiß höchst interessante Institut der preussischen, speciell Berliner Zeitungsconfiscation.

Jene wohlorganisirte Gesamtheit einheitlich wirkender Kräfte nun hat, wie gesagt, Herr von Bernuth vorgestern abermals gegen unser Blatt in Bewegung gesetzt.

Hierin haben wir zunächst einen tröstlichen Umstand mit Freunden zu begrüßen.

Hier sprachen wir unsere Freunde darüber aus, daß in Berlin keinerlei Polizeiwille für herrsche, vielmehr, einerlei welche Personen gerade fungirten, ein immer abolut gleichmäßiges Verfahren hervortrete.

Doch kommen wir zur Hauptsache!
Aus welchem Grunde hat Herr v. Bernuth unser Blatt neuerdings confisciren lassen?
Wir glauben, es muß einer Redaction, welche von der Unannehmlichkeit einer Zeitungsconfiscation betroffen wurde, erlaubt sein, über den Grund die-

ses Unfalls gemeinsam mit ihren Lesern sich den Kopf zu zerbrechen.

Aber, offen gestanden, wir stehen diesmal mit höchstem Erstaunen und fast ratlos vor dem Factum dieser Confiscation.

Friedrich der Große sagt:

„Wähte man nicht verrückt sein, um sich einzubilden, die Menschen hätten zu einem ihres Gleichen gesagt: wir erheben dich über uns, weil wir Sklaverei lieben, und geben dir Gewalt, unsere Gedanken nach deinem Willen zu leiten. Sie haben vielmehr im Gegentheil gesagt: wir haben dich nöthig, um diejenigen Gesetze aufrecht zu halten, denen wir gehorchen wollen. Uebrigens aber fordern wir von dir, daß du unsere Freiheit achtest.“

Diesen Ausspruch Friedrichs des Großen, einer Autorität, welche ohne allen Zweifel auch von Herrn von Bernuth anerkannt wird, legten wir einem Artikel zu Grunde und stellten in diesem Artikel staatswissenschaftliche Gesichtspunkte auf, welche mit genauester Logik aus jenem Ausspruche direct zu folgern sind.

Abgesehen nun von dieser Aufstellung staatswissenschaftlicher Gesichtspunkte (welche, wie gesagt, sämmtlich aus jenem Ausspruch Friedrichs des Großen direct folgen), fanden sich im Artikel zur Erläuterung des Gedankenganges ferner:

- 1) Eine Beschreibung der Art und Weise, wie eine im Sinne Friedrichs des Großen gute Regierung mit innerer Nothwendigkeit verfährt;
- 2) Eine Beschreibung der Art und Weise, wie eine im Sinne Friedrichs des Großen schlechte Regierung mit innerer Nothwendigkeit verfahren muß.

In dem ersterwähnten Inhalte des Artikels nun aber, in der Entwicklung staatswissenschaftlicher Gesichtspunkte, kann das Gefährliche und Rechtswidrige schlechterdings nicht liegen, indem eine unerbörte Beleidigung gegen Herrn v. Bernuth bezügle, wer annehmen wollte, er, Bernuth, erhebe sich gegen Friedrich den Großen, d. h. halte für verwerflich und staatsgefährlich, was der große König in nachdruckvollem Ausspruch verkündet hat oder was mit strengster Logik aus jenem Ausspruche direct zu folgern ist.

Da nun, wie gesagt, hierin schlechterdings nicht das Rechtswidrige und Staatsgefährliche liegen kann, so muß — so sonderbar und unglücklich es auch klingt! — der Confiscationsgrund durchaus entweder in der Schilderung der Art, wie eine gute oder in der Beschreibung der Art, wie eine schlechte Regierung nothwendig verfährt, gefunden werden.

Freunde! Gebt acht, die Sache wird interessant. Wir geben Euch die feste Versicherung, daß in dem Artikel ganz objectiv geschildert war, wie eine gute Regierung naturgemäß auftritt, und ebenso rein sachlich, zu welchen Mitteln eine schlechte

2) li 2) B 3) B 4) B vom 3. eigentl. wir, bi Stoffü (in nä.

Regierung nothwendig greifen muß. (Ihr werdet Euch übrigens größtentheils selbst von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugen können, indem, aus diesem oder jenem Grunde, einzelne Nummern immer die Gitter der Confiscation glücklich passiren und dann als besondere Merkwürdigkeiten von Hand zu Hand cursiren, um mit verdoppelter Aufmerksamkeit gelesen zu werden.)

Also Freunde, gebt acht! Die Sache wird interessant.

Nur zwei Fälle sind möglich: Entweder Herr v. Bernuth findet es gefährlich, wenn man in Preußen die Schilderung einer guten Regierung, so wie wir es gethan, verbreitet; oder aber er findet es bedenklich, wenn man in Preußen die Beschreibung einer schlechten Regierung, so wie wir es gethan, in Cours setzt.*)

Nun wolle man aber bedenken, daß Alles, was wir geschrieben, zwar nicht direkt und auf einfachen Wege, darum aber doch mit nicht minder strenger Logik aus dem Ausspruch des großen Königs zu entwickeln ist.

Wir werden Euch demnach, Freunde, den Genuß bereiten, mit Friedrich dem Großen vor einem preussischen Criminalgericht zu erscheinen. —

*) Die auf diese beiden Punkte bezüglichen Stellen des Artikels sind daher auch in der erneuten Auflage, welche der heutigen Nummer beigegeben ist, ausgelassen.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin**, 6. Septbr. [Zum Gasteiner Vertrag] wird jetzt vielfach behauptet, Lauenburg sei nicht für den Staat Preußen, sondern für einen Prinzen aus dem Hause Hohenzollern angekauft worden. Die in Deutschland herrschende Stimmung über den An- und Verkauf Lauenburgs tritt in der Presse derjenigen deutschen Staaten, welche Pressefreiheit haben, immer deutlicher hervor. Der „Müsch. Punsch“ giebt seiner Auffassung der Sache durch ein ergößliches Zwiegespräch zwischen zwei Schacherjuden Ausdruck. — Inzwischen ist immer mehr Ansicht dazu vorhanden, daß das preussische Abgeordnetenhaus, dem Willen des Volkes entsprechend, seine verfassungsmäßige Genehmigung in Betreff des Geldpunktes nicht erteilen, sondern die Kaufsumme verweigern werde. Das preussische Abgeordnetenhaus würde dadurch der Volksstimmung sowohl in Preußen wie im übrigen Deutschland einen erfreulichen Ausdruck geben.

— [Aus den Herzogthümern.] Der „Kiel. Ztg.“ wird aus Schleswig gemeldet: „Der Landesregierung ist ihre am 14. v. M. erfolgende Auflösung bekannt gegeben worden. Der Sitz der neuen Landesbehörde für Holstein, des Civil- und Militairgouvernements, wird Kiel, woselbst am 15. d. die neuen Verwaltungsauctoritäten ihre Wirksamkeit beginnen werden. Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz soll bis zum 14. d. eintreffen, worauf Freiherr v. Falckhuber sofort die Herzogthümer verlassen wird.“

— [Den Sechshunddreißiger-Ausschuß betreffend] wird aus Leipzig vom 3. d. gemeldet, daß derselbe, nachdem den Abend zuvor eine vertrauliche Vorbesprechung stattgefunden hatte, an diesem Tage zu einer förmlichen Beratung zusammengetreten war. Die Mitglieder für Oesterreich haben abgeschwieben, Preußen ist schwach vertreten, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen-Darmstadt und Braunschweig vollzählig, die andern Staaten theilweise. Im Ganzen sind über die Hälfte der Mitglieder anwesend. Nach langer Beratung wurde im Einvernehmen mit dem engeren Ausschuß der schleswig-holstein'schen Vereine die Einberufung eines deutschen Abgeordnetentages nach Frankfurt a. M. auf den 1. October v. J. beschlossen.

— [Die Commission für Arbeiterangelegenheiten] hat am 2. d. eine weitere Sitzung gehalten. Wir berichten über diese und die vorhergehenden in der nächsten Nummer.

* **Wien**, 2. Septbr. [Die Lage in Oesterreich] wird von der „Presse“ im Laufe eines längeren Artikels wie folgt bezeichnet:

Das allgemeine Gefühl, daß ein großes Wagniß gemacht worden, daß viel auf dem Spiele steht, daß wir alles das hoffen müssen, was andere Großstaaten als etwas Unveräußerliches, nie in Frage Kommendes, nie in Erschütterndes betrachtend (die Einheit des Reichs, die Einheit des Heeres, die Einheit der Finanzen) über seinen beengenden Einfluß auf das Land. Bis her hatten wir stets einen von zwei Zuständen. Entweder bestand eine Verfassung zu Recht, oder alle Macht vereinigte sich in der Krone. Wir wurden constitutionell oder absolutistisch regiert. Jedes dieser Systeme gestattete eine Regierung, die alle ihre Functionen regelmäßig ausüben konnte. Wenn heute gefragt wird, welches dieser Systeme thatsächlich besteht, wer vermag hierauf eine Antwort zu geben? Kann die Februar-Verfassung als so intact gelten, wie vor wenigen Wochen, als noch Herr v. Schmerling an der Spitze der Geschäfte stand? Ist die alleinige staatliche Macht zur Krone zurückgekehrt? Wo und wodurch ist es erwiesen, daß die cisleithanischen und transleithanischen Länder ein Reich bilden? Was, außer der Person des Monarchen (!), besitzen wir in Gemeinschaft mit den ungarischen Ländern, das unveräußerlich wäre und uns nie entrisen werden kann! Daß diese Fragen aufgeworfen werden können, daß sie bei den verschiedenen Parteien eine verschiedene Verantwortung finden, daß unzählige Personen bekennen werden, sie seien ganz außer Stande, auf sie eine Antwort zu geben — das kennzeichnet das Vorhandensein eines Zustandes, wie er noch nicht bestanden hat.

Ausland.

* **Paris**, 2. Sept. [Tagesbericht.] Die viel besprochene Zusammenkunft der Königin von Spanien mit dem Kaiser Napoleon findet am 9. September in San Sebastian statt, in dessen Nähe Zaranz liegt; am 12. wird hierauf die Königin mit ihrem Hofgesolge in Biarritz dem Kaiser ihren Gegenbesuch machen. — Am 30. August fand in Espagal bei Perpignan die feierliche Enthüllung der bronzenen Statue des berühmten Arago statt. Das Fest war ein vollständig officielles. Arago, bei der Ausführung des Staatsstreiches Director des pariser Observatoriums, weigerte sich, den politischen Eid, der 1848 abgeschafft worden war und den das neue Regime wieder eingeführt hatte (1848 hatte nur der Präsident der Republik Treue zu schwören), zu leisten, wurde aber nicht desto weniger, und obgleich er als warmer Republikaner bekannt war, auf seinem Posten belassen. Diese Tendenz gab sich auch bei der Enthüllung seines Denkmals kund, bei welcher Feierlichkeit sogar der Sohn des Gefeierten, Etienne Arago, fehlte. Die Gebrüder Vereire, welche Deputirte in dieser Gegend sind, haben einen großen Theil der Kosten getragen und auch das Banquet von 150 Gedecken, das bei dieser Gelegenheit gegeben wurde, bezahlt. Mehrere Reden wurden gehalten, unter anderen von Michel Chevalier, Isaac Vereire &c. Dem alten Republikaner Arago muß es in seinem Sarge jedenfalls komisch vorgekommen sein, auf solche Weise von dem imperialistischen Frankreich verherlicht zu werden. — Die Japanesen, welche hierher gekommen sind, haben keine diplomatische Mission. Sie gehören sehr vornehmen Familien an, haben aber weiter keinen Auftrag, als über europäische Gewerbs- und Handelsverhältnisse zum Frommen ihres Landes Beobachtungen zu machen und Erfahrungen zu sammeln. Sie reisen in Begleitung eines jungen Marine-Ingenieurs Herrn de Berny und haben sich zunächst nach Toulon begeben, geben dann nach Lyon, Paris, Belgien, Deutschland und England. Sie werden in dem Hotel einquartiert werden, welches Abd-el-Kader inne gehabt hat. — Das Journal des Postes kündigt an, daß ernstlich davon die Rede ist, vom 1. October an den Postdienst zu decentralisiren. Bis her wurden bekanntlich alle Briefe, welche in Paris für Paris, die Departements und das Ausland auf den verschiedenen pariser Postbureau aufgegeben wurden, nach der Hauptpost gebracht, wo sie sortirt und dann abgeseandt wurden. In Zukunft sollen nun zwölf der hauptsächlichsten pariser Unter-Postbureau die Briefe, welche für Paris aufgegeben werden und in ihrem Bereiche liegen, direct ansgelassen können und nicht mehr genöthigt sein, sie erst nach der Hauptpost zu senden. Es wird also dann nicht mehr vorkommen, daß

Briefe, welche im Faubourg St. Antoine aufgegeben werden, erst nach der Hauptpost gebracht, um von dort wieder nach dem Faubourg zurückgeseandt zu werden. Die Briefe für die Departements und das Ausland werden aber nach wie vor erst nach der Hauptpost geseandt werden müssen. — Graf Blome, der Unterhändler von Gastein, ist hier angekommen, wie die Zeitungen melden, bloß zur Ordnung von Privat-Angelegenheiten. — Man sieht nach der Rückkehr des Kaisers von Biarritz sehr wichtigen Veränderungen entgegen. — Der Prinz Napoleon hat bekanntlich nach der Mißbilligung seiner Rede von Naccio allen seinen Stellen entsagt; er ist nur noch Präsident der Commission geblieben, welche mit der Veröffentlichung der Correspondenz Napoleons I. betraut ist. In dieser Eigenschaft hat er nun den Befehl erteilt, die betreffenden Arbeiten zu beschleunigen. — Die Regierung hat trotz ihrer in der Kammer gegebenen Versprechungen eine große Anzahl Maires außerhalb der Generalräthe erwählt. Dies erregt großes Mißfallen. — Die Verwaltung der großen Oper hat den Mitgliedern des Orchesters, welche um eine Gehalts-Erhöhung eingekommen sind, ihr Gesuch rundweg abgeschlagen. — Die Patrie enthält unter dem Titel „L'Armée française au 1. Septembre“ eine Uebersicht über die Streitkräfte zu Lande, die Frankreich gegenwärtig auf den Beinen hat. Dieselben bestehen aus etwas über 400,000 Mann. — Die Kaiserin ist mit den in Neuschâtel verwundeten Damen in Fontainebleau eingetroffen. Der Zustand derselben soll nicht unbedenklich sein; wie es den andern bei jener Gelegenheit Verwundeten geht, wird nicht gemeldet. — Die Polemit der Blätter über das lothringer Decentralisations-Programm dauert in ungeschwächter Kraft fort. — Fürst L. Giarotycki, seit seines Vaters Tode Chef der polnischen Aristokratie im Auslande, steht im Begriffe, sich ganz von der Politik zurückzuziehen. Er will seinen Aufenthalt auf seinen Gütern in Galizien nehmen, wozu er bereits von Oesterreich autorisirt worden sein soll. — Die Minister sind alle einverstanden, den Kaiser um Abberufung der Truppen aus Mexiko anzugehen, sie sind aber überzeugt, daß Napoleon III. diesem Verlangen nicht nachkommen werde. — Emil Olivier weist seine Ernennung zum Ritter der Ehrenlegion zurück. — Mehrere Freunde Blanqui's haben dessen Flucht aus dem Spitaler Reder begünstigt. Sie begaben sich zur Zeit der öffentlichen Besuche zu den Kranken, die mit Blanqui in einem Saale waren und deren Namen sie sich zu verschaffen wußten. Im Gedränge gelang es dem berühmten Revolutionär, zu entweichen. — Herr Thiers beendigt eben den dritten Band seiner Geschichte von Florenz; auch Renan's Leben des Apostels Paulus wird demnächst erscheinen. — Wie es heißt, trifft man bereits Anstalten zur Räumung Roms. Bis Ende dieses Jahres soll die dortige französische Garnison um zwei Regimenter verringert werden.

— 4. Septbr. [Renouveau.] Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Decret, durch welches der von dem Generalrath des Departements Seine-de-Marne gefaßte Beschluß, als die Grenzen der den Generalräthen zustehenden Befugnisse überschreitend, annullirt wird. In diesem Beschluß war der Wunsch ausgesprochen, daß das Gesetz den Generalräthen das Recht verleihe möge, über die Gültigkeit angezeigelter Departementalwahlen zu befinden, daß ferner die Aufmerksamkeit der Regierung darauf hingelenkt werde, ob es nicht geeignet wäre, den Generalräthen das Recht, die Mitglieder ihrer Bureaus selbst zu ernennen, wiederzugeben. — Aus Rom meldet der „Moniteur“, daß Joseph Bonaparte, Fürst von Musignano (ältester Sohn des Fürsten von Canino), gestorben ist. — Ueber die Abtretung der ostindischen Besitzungen Frankreichs an England sind neuerdings Unterhandlungen eingeleitet worden.

Italien. [Zur Ministerfrage. Zur Taupathengeschichte.] Katoli übernimmt das Ministerium der inneren Angelegenheiten. Es ward gegenwärtigen Cabinet unmöglich, einen außerhalb desselben stehenden Mann für das vacant gewordene Portefeuille zu gewinnen. Und da man um jeden Preis vor Zusammenkunft des Parlaments